EVP INFO

September 2026
Nr. 184

©dreamstime

Ethische Fragen fordern die EVP heraus

(ms) Bei ethischen Fragen wie dem Umgang mit dem Sterben sind die Antworten der Gesellschaft ins Rutschen geraten. Auch bei der EVP denkt man in vielen Bereichen nicht mehr gleich wie vor 100 Jahren. Ihr ethischer Kompass gründet jedoch zuverlässig auf den Werten des Evangeliums – auf der Würde jedes Menschen, auf Verantwortung und auf dem Schutz der Verletzlichen. Das gilt z. B. beim Wohnen (S. 6) oder bei der Sicherheit (S. 7). Und aktuell beim Thema Freitodbegleitung (S. 1).

AZB
3001 Bern
Post CH AG

gedruckt in Zürich auf 74 Prozent Recycling-Papier

NEIN zur Änderung des Patienten- und Gesundheitsgesetzes

EVP gegen Zwang zu assistiertem Suizid

Markus Schaaf
Kantonsrat EVP
Rämismühle-Zell

Der Kantonsrat will alle Alters- und Pflegeheime dazu zwingen, Organisationen für assistierten Suizid Zutritt zu gewähren. In allen öffentlichen Heimen ist dies bereits heute möglich. Neu müssten auch private Heime, darunter viele christlich geführte, dies zulassen. Gegen dieses Ansinnen haben wir das Referendum ergriffen. Die EVP engagiert sich entschieden für ein Nein.

Assistierter Suizid – Sterben unter Mithilfe von Exit oder anderen Organisationen – ist kein administrativer Vorgang. Er ist ein endgültiger und zutiefst persönlicher Entscheid. Gerade deshalb muss er frei sein von Druck oder gesellschaftlichen Erwartungen. Sonst wächst die Gefahr, dass sich ältere, kranke oder verletzliche Menschen als Belastung empfinden.

«Eine menschliche Gesellschaft begleitet Menschen in ihrer grössten Verletzlichkeit, statt Institutionen zu Handlungen zu verpflichten, die ihrem Auftrag widersprechen.»

Kein Zwang für Pflegeheime

Im Kanton Zürich erlauben bereits über 90 Prozent der Alters- und Pflegeheime den assistierten Suizid. Ein staatlicher Eingriff ist deshalb nicht notwendig. Besonders betroffen wären Menschen, die sich bewusst für ein Heim entschieden haben, das keinen assistierten Suizid zulässt. Diese Wahlfreiheit gilt es zu bewahren. Ebenso müssen private Institutionen mit einer ethischen oder religiösen Grundhaltung ihre Werte weiterhin leben dürfen.

Keine Duldungspflicht in Spitälern

Spitäler haben den klaren Auftrag: Krankheiten zu behandeln, Leiden zu lindern und Leben zu schützen. Eine gesetzliche Pflicht, assistierten Suizid in ihren Räumen zu dulden, widerspricht diesem Auftrag und belastet die Mitarbeitenden.

Begleitung statt Druck

Mit einer Änderung des Patienten- und des Gesundheitsgesetzes sollen Sterbehilfeorganisationen zwingend in den Spitälern und in allen privaten Alters- und Pflegeheimen zugelassen werden. Das geht zu weit. Stattdessen sollten wir eine einfühlsame Sterbebegleitung (Palliative Care), Suizidprävention und die Begleitung schwerkranker Menschen weiter stärken. Eine menschliche Gesellschaft begleitet Menschen in ihrer grössten Verletzlichkeit, statt Institutionen zu Handlungen zu verpflichten, die ihrem Auftrag widersprechen.

Die EVP-Delegierten haben einstimmig die NEIN-Parole beschlossen. Ausserdem lädt die EVP zum Mitmachen ein bei ihrer Kampagne «Kein Zwang» (Seite 5).

AKTUELL

Donato – KONKRET
Donato Scognamiglio berichtet aus dem Kantonsrat

PAROLEN

Volksabstimmung vom 27. September 2026

Empfehlungen der EVP

BUND

NEIN	Neutralitätsinitiative
NEIN	Ernährungsinitiative

KANTON

JA	Lehrpersonalgesetz
NEIN	Änderung Patienten- und Gesundheitsgesetz (Sterbehilfe in Alters- und Pflegeheimen sowie Spitälern)

Details: evpzh.ch/abstimmungen

EDITORIAL

Hanspeter Wilhelm
Präsident EVP
Bezirk Dielsdorf
Steinmaur

Liebe Leserin, lieber Leser

Wer ängstlich ist, erstarrt. Wer zuversichtlich ist, bleibt mutig und gestaltet die Zukunft. Internationale Krisen und Schreckensmeldungen rauben uns oft Energie, ohne dass wir direkten Einfluss haben.

Um positiv zu bleiben, müssen wir – ohne die Augen vor der Welt zu verschliessen – den Fokus auf unser Umfeld richten. Da können wir selbst etwas bewegen und uns für das Gute einsetzen. Diese Arbeit braucht Treue und Hingabe; selten führt sie zu grossem Ruhm.

So erlebe ich die EVP, was auch mein Grund für den Beitritt war. In dieser Ausgabe lesen wir von Menschen, die sich für die Sicherheit engagieren, von einer Initiative, die Mieter und Investorinnen zusammenbringt, und von einem Café, das nicht nur Heissgetränke, sondern konkrete Hilfe anbietet. Lassen wir uns vom Mut dieser Menschen anstecken.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Hanspeter Wilhelm

©dreamstime

Neutralität mit Augenmass statt starre Fesseln

EVP-Nein zur Neutralitätsinitiative

Marc Jost
Nationalrat EVP
Thun BE

Seit 1848 ist die Neutralität ein Instrument für Sicherheit und Unabhängigkeit – kein Selbstzweck. Die Initiative bricht mit dieser 175-jährigen Tradition. Sie ersetzt bewährte Flexibilität durch ein starres Dogma, das unsere Handlungsfreiheit stark einschränkt. Dieser verfassungsrechtliche Käfig führt in eine sicherheitspolitische Sackgasse und schadet der Schweiz.

Isolation statt Kooperation
Moderne Verteidigung braucht internationale Kooperation, besonders bei der Cyber-Abwehr. Das Kooperationsverbot mit Partnern wie der NATO schwächt unsere Armee massiv. Interoperabilität lässt sich nicht erst im Ernstfall aufbauen; dann ist es zu spät. Ein Alleingang macht die Schweiz schutzlos, da Vorbereitungen erst getroffen werden dürften, wenn der Angriff bereits erfolgt ist.

Das Dilemma der Sanktionen
Solidarität ist ein christliches Gebot. Die Schweiz darf bei Völkerrechtsbruch nicht wegschauen. Zwar bleiben gewisse UN-Sanktionen erlaubt, doch das Verbot autonomer Massnahmen auch mit unseren engsten Partnern (EU/USA) degradiert uns zur «Oase für Kriegstreiber». Wer Umgehungen zulässt, verliert seine moralische Glaubwürdigkeit. Wahre Neutralität ist aktive Friedenspolitik, keine Gleichgültigkeit gegenüber dem Unrecht.

Wir stehen ein für eine Schweiz, die aktiv Frieden stiftet, statt sich selbst die Hände zu binden.

Die EVP-Delegierten empfehlen mit grosser Mehrheit ein NEIN.

ANZEIGE

Sandra's Fussoase
Fusspflege für sie und ihn
Sandra Gallizzi
Dipl. Fusspflegerin
Neunbrunnenstrasse 18
8050 Zürich, 079 511 29 91

Baugenossenschaft Josefstrasse 32
Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch
BGJ 32

Details sind keine Nebensache – sie sind das Design.
psw.ch
design
psw.
Agentur für Grafik + Web + Beschriftung

Nein zur Ernährungsinitiative

Gut gemeint, aber der falsche Weg

Nik Gugger
Nationalrat EVP
Winterthur

Gut gemeint genügt nicht. Die Volksinitiative mit dem umständlichen Titel «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» will einen Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent erreichen. Die EVP empfiehlt ein Nein.

Die Vorlage greift berechtigte Anliegen auf und will den Erhalt von Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität und sauberem Trinkwasser sicherstellen. Das sind Themen, für die sich die EVP seit jeher tatkräftig im Parlament einsetzt.

Der konkrete Forderungskatalog der Initiative geht jedoch viel zu weit. Dieser verlangt einen Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent innert zehn Jahren – ein Wert, der nicht einmal im 2. Weltkrieg erreicht wurde. Um eine so hohe Selbstversorgung zu erreichen, müsste der Tierbestand um fast die Hälfte reduziert werden, was Bauernfamilien, besonders im Berggebiet, existenziell bedrohen und bedeutende Folgenkosten nach sich ziehen würde. Der Staat müsste zudem vorschreiben, wie landwirtschaftliche Flächen genutzt werden – und damit letztlich, was auf den Teller kommt. Diese staatlichen Eingriffe widersprechen den Grundsätzen der EVP.

«Die Schweizer Landwirtschaft verdient echte Lösungen statt Symbolpolitik.»

Trotz Sympathien für die Stossrichtung der Initiative sind ihre Ziele und der Zeitrahmen unrealistisch, und der Preis – massive staatliche Eingriffe ohne substanziellen Mehrwert – ist zu hoch. Die Schweizer Landwirtschaft verdient echte Lösungen statt Symbolpolitik.

Die Delegierten der EVP empfehlen ein NEIN zur Ernährungsinitiative. Die Abstimmung ergab 35 Nein zu 17 Ja.

IMPRESSUM

Redaktion: Gergey Rüegg (gru), Rutschwil. **Redaktionsteam:** Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Peter Schäppi (psc), Wädenswil, Stéphanie von Walterskirchen (svw), Zürich. **Inserate:** Renata Fasi, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstr. 32, 8005 Zürich. inserate@evpzh.ch. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstr. 32, 8005 Zürich. sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, www.evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71. info@evppev.ch. **Gestaltung:** PS Werbung AG (psw.ch), Bachenbülach. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement**: Einzel CHF 34.50, Gruppen CHF 1.00. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **IBAN:** CH18 0070 0110 0015 4656 4. **Auflage** WEMF/KS-beglaubigt: 31'837 Ex. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder der EVP ZH wiedergeben.

IN KÜRZE

Die Zürcher EVP trauert

Kürzlich sind **Hans Oester** (Nationalrat 1978 – 1990) und sein damaliger Nachfolger **Nik Kuhn** (Nationalrat 1990 – 1991) verstorben. Ausserdem erreichte uns die Nachricht vom Hinschied von **Verena Bräm** (Oberrichterin 1983 – 1994).

Hans Oester, der gebürtige Berner Oberländer, gehörte dem Zürcher Gemeinderat von 1962 – 1970 an. Im Kantonsrat wirkte er 1970 – 1977, bevor er in den Nationalrat nachrückte. Stets setzte er sich für eine soziale Marktwirtschaft und gegen Schuldenmacherei ein. Als Förderer des öffentlichen Verkehrs war er massgeblich an der Gründung des Zürcher Verkehrsverbunds ZVV beteiligt.

Niklaus (Nik) Kuhn gehörte dem Zürcher Gemeinderat 1971 – 1977 an. Von dort führte sein politischer Weg in den Kantonsrat, dem er 1977 – 1987 angehörte. 1991 gelang es ihm nicht, den 2. Zürcher EVP-Sitz im Nationalrat zu halten, er wurde von Ernst Sieber überholt. 1994 wählte ihn der Kantonsrat in den Bankrat der ZKB, dem er bis 2002 angehörte. In der Politik wie auch in seinem Beruf als Architekt verfolgte er stets ganzheitliche Ansätze – ganz im Sinne der EVP.

Verena Bräm startete ihre Justizlaufbahn 1972 als Gerichtsschreiberin am Bezirksgericht Zürich und wechselte 1973 an das Obergericht. 1976 wurde sie als erste Frau an das Bezirksgericht Winterthur gewählt. Erste Frau war sie ab 1983 auch am Obergericht, dem sie bis 1994 angehörte. 2005 ehrte die Universität Zürich ihr Wirken mit der Verleihung des Ehrendoktorats.

Der EVP diente Verena Bräm unter anderem als Kantonalpräsidentin – fast überflüssig festzuhalten ebenfalls als erste Frau. Und zusammen mit Nik Kuhn gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der Baugenossenschaft Josefstrasse 32, die dem EVP-Sekretariat den Sitz in der Nähe des Hauptbahnhofs sichern konnte.

Kampfwahl

Im Bezirk Horgen findet am 27. September eine Kampfwahl um einen Sitz im Bezirksrat statt. EVP-Kandidat **Tobias Mani** wird von sämtlichen Bezirksparteien unterstützt. Sein Gegner ist der parteilose bisherige Bezirksratsschreiber.

Ja zur Änderung des Lehrpersonalgesetzes

Ein fairer Kompromiss zur Entlastung der Lehrkräfte

Hanspeter Hugentobler
Kantonsrat EVP
Pfäffikon

Am 27. September stimmen wir im Kanton Zürich über die Änderung des Lehrpersonalgesetzes ab. Es geht nicht um Luxus, sondern um eine längst fällige Korrektur im Berufsauftrag beziehungsweise bei der Entlöhnung der Lehrpersonen. Die EVP sagt klar Ja.

Für uns ist Bildung eine der besten Investitionen überhaupt: in unsere Kinder, in die nächste Generation und damit in die Zukunft unseres Kantons. Guter Unterricht entsteht nicht nur während der Lektion im Schulzimmer. Er braucht Vorbereitung, Zusammenarbeit im Team, Gespräche mit Eltern, Begleitung von Schülerinnen und Schülern, Organisation von Lagern und Projekten, Konfliktklärung und vieles mehr. Gerade Klassenlehrpersonen tragen hier besondere Verantwortung.

Seit der Einführung des neuen Berufsauftrags 2017 zeigt sich: Die Rechnung geht nicht auf. Lehrpersonen leisten im Durchschnitt rund acht Wochen unbezahlte Überzeit pro Jahr. Das ist auf Dauer weder fair noch sinnvoll. Wer gute Schulen will, muss dafür sorgen, dass Lehrpersonen ihre Arbeit in einer realistischen Zeit erledigen können. Sonst verlieren wir motivierte Fachkräfte – und gewinnen erst gar nicht genügend neue.

«Diese Vorlage ist kein überrissener Ausbau, sondern ein gutschweizerischer Minimalkompromiss.»

Der Kantonsrat hat deshalb einen Kompromiss beschlossen. Die Pauschale für Klassenlehrpersonen soll von 100 auf 160 Stunden pro Jahr erhöht werden. Damit wird wenigstens ein Teil ihres Zusatzaufwands berücksichtigt. Zudem wird der Lektionenfaktor für alle Lehrpersonen von 58 auf 59 Stunden angehoben. Pro Wochenlektion werden somit neu 59 Stunden jährliche Arbeitszeit angerechnet. Aus Sicht der EVP wäre eigentlich mehr als nur eine Stunde nötig gewesen. In der Vernehmlassung stand noch ein Lektionenfaktor von 60 zur Diskussion, fachlich wäre sogar 62 gut begründbar. Doch politisch mehrheitsfähig war nur ein kleiner Schritt. Genau deshalb ist diese Vorlage kein überrissener Ausbau, sondern ein gutschweizerischer Minimalkompromiss.

Die Gegner führen vor allem die Kosten ins Feld: rund 16 Millionen Franken für den Kanton und 67 Millionen Franken für die Gemeinden. Natürlich sind diese Beträge relevant. Aber Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Wenn wir bei den Menschen sparen, die täglich unsere Kinder unterrichten und begleiten, bezahlen wir später einen höheren Preis: mit mehr Ausfällen, weniger Kontinuität, sinkender Attraktivität des Lehrberufs und wachsender Belastung in den Schulen.

Die EVP steht für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Verantwortung heisst aber auch, Prioritäten zu setzen. Eine starke Volksschule ist kein Nice-to-have, sondern die Grundlage für Chancengerechtigkeit, Zusammenhalt und eine gute Zukunft. Diese Vorlage stärkt die Lehrpersonen – und damit die Schülerinnen und Schüler.

Darum empfiehlt die EVP einstimmig ein überzeugtes Ja zur Änderung des Lehrpersonalgesetzes.

ANZEIGE

Abstimmungskampf – bitte mitmachen!

Verschiedene Wege, wie Sie die Kampagne bis zum 27. September unterstützen

Unsere Kampagne setzt auch auf Soziale Medien.

Andreas Plath
Präsident EVP Bachenbülach
Kampagne PSW
Bachenbülach

Am 27. September entscheidet sich, ob private Alters- und Pflegeheime und alle Spitäler künftig gezwungen werden, den assistierten Suizid in ihren Räumen zu dulden.

Diese Abstimmung gewinnt sich nicht von allein. Sie entscheidet sich an Küchentischen, in Briefkästen und auf Handybildschirmen – also bei Ihnen zu Hause.

Unsere Kampagne unter dem Motto «KEIN ZWANG zur Sterbehilfe» steht: Komitee, Flyer, Plakate und Website sind bereit. Was jetzt zählt, sind Menschen, die das Material unter die Leute bringen.

Ob eine Stunde Zeit oder ein ganzer Samstag, ob im Quartier oder auf Social Media – für jede und jeden gibt es einen passenden Weg. **Wählen Sie einen aus, der zu Ihnen passt, heute noch.**

Und ausserdem: Leserbrief schreiben, Standaktion organisieren, Veranstaltung mit Referentin oder Referent durchführen, Inserat in einer Lokalzeitung finanzieren, Flyer und Plakate ausliefern. Alles ankreuzbar auf kein-zwang.ch/mithelfen – oder schreiben Sie uns Ihre eigene Idee an info@kein-zwang.ch.

Nicht vergessen: abstimmen – und darüber reden. Der einfachste und entscheidendste Beitrag ist Ihre eigene Stimme. Laden Sie Familie, Freunde und Bekannte ein, am 27. September ebenfalls NEIN zu stimmen.

Suchen Sie sich jetzt eine Aufgabe aus. In fünf Minuten sind Sie dabei – Handy zücken, QR-Code scannen, loslegen.

JETZT MITHELFEN kein-zwang.ch

Flyer selber verteilen, Plakate selber aufstellen
Bestellen Sie A5-Flyer und verteilen Sie diese in Ihrem Quartier. Oder melden Sie einen F4-Plakatstandort und stellen das Plakat gleich selber auf. Ein kurzes Formular genügt – wir liefern Ihnen das Material.

Sichtbarkeit kostet – spenden Sie jetzt
Plakate, Inserate und Flyer müssen bezahlt werden. Jeder Beitrag macht unsere Botschaft im Kanton hörbar – auch dort, wo wir sonst nicht hinkommen. Jetzt spenden und Wirkung zeigen.

Ihre eigene digitale Spendenkampagne
Sie sind auf Social Media unterwegs und haben ein grosses Netzwerk? Bestellen Sie Ihren persönlichen Kampagnen-Post verknüpft mit unserem Spendenpartner soulclick.ch. Sammeln Sie damit in Ihrem Umfeld direkt Spenden.

Social-Media-Posts zum Downloaden
Diverse fertige Kampagnenbilder und vorformulierte Texte für WhatsApp, Facebook, Instagram und LinkedIn. Herunterladen, posten, fertig – und immer **#KeinZwang** setzen.

Ihre Wunschgemeinde mit Flyern erreichen
Wenig Zeit, aber grosse Wirkung: Finanzieren Sie den Flyer-Versand per Post in einer Gemeinde Ihrer Wahl. Sie bestimmen den Ort, wir übernehmen die ganze Verteilung an alle Haushalte.

Teil des Komitees werden und News erhalten
Zeigen Sie sichtbar Unterstützung für institutionelle Vielfalt und gegen staatlichen Zwang – und bleiben Sie über die nächsten Schritte, Aktivitäten und Erfolge der Kampagne informiert.

Mit Donato in die Zürcher Regierung

Donato Scognamiglio redet nicht nur – er handelt

Michael Bänninger
Kantonsrat EVP
Präsident Wahlkommission
Winterthur

Die Regierungsratswahlen am 4. April 2027 werden spannend. Mit dabei die EVP mit Kantonsrat Donato Scognamiglio.

Sein Vater, ein abenteuerlustiger Franziskanermönch, verliess das heimatliche Kloster in Norditalien, verliebte sich Hals über Kopf in eine Bernerin und wanderte in die Schweiz aus. 1970 kam Donato als sechstes Kind der Familie zur Welt – ein Secondo, aufgewachsen in Bolligen BE, mit Gartenarbeit und Schulbüchern an den Samstagen. «Wurzeln und Flügel» nennt er das heute.

Erfolgloser Schwinger
Eigentlich wollte er Schwinger werden. Er gab es auf, weil er zu oft auf dem Rücken im Sägemehl landete. Geblieben ist seine Lebensregel: «Im Leben fällt man immer wieder auf die Nase, aber dieses Aufstehen ist einfacher als aus der Rücklage.» Aufstehen und weitermachen: das prägt Donato Scognamiglio bis heute.

Erfolgreicher Immobilienexperte
Mit 24 doktorierte der Volkswirtschafter, Zahlen sind sein Handwerk – und ein Stück weit auch seine Leidenschaft. Mit seiner Frau Kathrin zog er vor 30 Jahren in den Kanton Zürich. Hier baute er die IAZI AG auf – heute eine der führenden Immobilienbewertungs- und Beratungsfirmen der Schweiz mit über 100 Mitarbeitenden.

Menschen statt Zahlen
Eine noch grössere Bedeutung als Zahlen haben für Donato die Menschen. Deshalb bleibt er bei der Wohnungsnot nicht beim Klagen. Er

Kantonsrat, Unternehmer und Regierungsratskandidat Donato Scognamiglio

«Als Zürcher Regierungsrat wird er nicht nur reden, sondern hinschauen und handeln»

engagierte sich vielmehr als Mitbegründer der «Gesellschaft für erschwingliches Wohnen». Ihr Ziel: Bezahlbarer Wohnraum, ohne Steuergeld, mit moderater statt maximaler Rendite. Gerade neu gegründet hat er den Verein «fairmieten». Dieser verpflichtet private und institutionelle Eigentümer freiwillig auf faire Regeln. Dazu gehören insbesondere transparente Mieten, sorgfältiger Unterhalt und keine Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe.

Das ist typisch Donato: fröhlich, hartnäckig, hundertprozentig engagiert – und überzeugt, dass Erfolg nicht das Wichtigste im Leben ist. Darum nimmt er sich auch Zeit für den Ausgleich. Mit seiner Familie ist er in der Natur unterwegs, oder er schiesst beim FC Kantonsrat parteiübergreifend Tore. «Die Wahrheit sagen, Einheit suchen» ist sein Credo. Polemik ist nicht seine Sache. Als Zürcher Regierungsrat wird er nicht nur reden, sondern hinschauen und handeln – genau so eine Persönlichkeit braucht unser Kanton!

ANZEIGE

CGS ECS ICS
Christliche Geschäftsleute Schweiz

VERNETZEN, PRÄSENTIEREN, INSPIRIEREN

Gegen 700 christliche Unternehmungen und Organisationen freuen sich darauf, von Ihnen berücksichtigt zu werden!

40+ jahre | ans | anni
seit 1984

www.cgs-net.ch

Der Kanton Zürich ist sicher

Regierungsrat Mario Fehr und EVP-Kantonsrat Markus Schaaf im Gespräch

Mario Fehr und Markus Schaaf spannen für die Sicherheit im Kanton Zürich zusammen.

(psc) Die Sorge für die Sicherheit der Bevölkerung ist die Kernaufgabe des Staates und ein vorrangiges Anliegen von Regierung und Parlament. Regierungsrat Mario Fehr und EVP-Kantonsrat Markus Schaaf sind in unterschiedlichen Funktionen für die Sicherheit verantwortlich. Bei Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Mario Fehr laufen die Fäden von Polizei, Militär, Migration und auch Sozialem zusammen. Markus Schaaf kümmert sich als Präsident des Polizeiverbands um das Wohl der Mitarbeitenden der Kantonspolizei.

Unser Gespräch findet im Zentrum von Zürich statt. Mario Fehr (MF) ist mit dem Velo angereist, Markus Schaaf (MS) mit dem Zug.

MF: *Kein Problem für meine Sicherheit, solange sich die Verkehrsteilnehmer an die Regeln halten.*

MS: *Auch im Zug fühle ich mich sicher. Unser Kanton ist gut aufgestellt.*

Keine Freiheit ohne Sicherheit

Die Schweiz ist ein sicheres Land. Diese Sicherheit garantiert Freiheit, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat bleibt gross. Sicherheit ist nicht gratis zu haben. Das bestätigen beide Politiker.

MS: *Der Kantonsrat hat ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Kapo, auch wenn sie etwas kosten.*

MF: *Der Kantonsrat hat der Kantonspolizei kürzlich 106 neue Stellen bewilligt, das wissen wir zu schätzen. Und weil die Kapo gut aufgestellt ist, bekommen wir die geeigneten Polizistinnen und Polizisten.*

«Sicherheit garantiert Freiheit, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat bleibt gross.»

MS: *Als Präsident des Personalverbandes erhalte ich Einblicke in alle Tätigkeiten der Kapo – von der Prüfung für Hundeführer bis zum Training der Einsatzgruppe Diamant. Diese ist für besonders heikle Fälle ausgebildet. Beim Fraktionsausflug der EVP hat sie uns in ihrem Ausbildungszentrum mit ihrem ausserordentlichen Können sehr beeindruckt.*

MF: *Nicht nur die Einsatzgruppe Diamant ist gut ausgerüstet. Robust und zweckmässig sind Kleidung und Bewaffnung aller unserer Polizistinnen und Polizisten. Das trägt zum guten Ruf der Kantonspolizei bei.*

Gute Zusammenarbeit mit anderen Playern

Natürlich gibt es verschiedene Arten von Kriminalität auch im Kanton Zürich: Straftaten vom Diebstahl bis zum Mord.

MF: *Ermittlungen in diesen Bereichen gehören zum Alltag der Kantonspolizistinnen und -polizisten. Wo nötig, sind sie in speziellen Fachgruppen eingesetzt.*

MS: *Der Kanton arbeitet auch sehr gut mit privaten Organisationen zusammen. Ich denke da z.B. an Heartwings, eine christliche Organisation, die Menschen im Rotlichtmilieu Ausstiegshilfe anbietet.*

Freund der EVP

Mario Fehr ist regelmässiger Gast bei der EVP-Fraktion im Kantonsrat.

MF: *Hier fühle ich mich wohl und finde viel Unterstützung für meine Anliegen.*

MS: *Du bist bei uns stets ein gern gesehener Gast, und das sogar dann, wenn wir einmal nicht gleicher Meinung sind.*

MF: *Darf ich ein wenig provozieren? Zu eurem christlichen Fundament dürftet ihr euch noch mutiger bekennen. Das E in eurem Namen ist eure Sicherheit – nutzt sie!*

Wahlen und Abstimmungen sollen nicht mehr am gleichen Tag in der Agenda stehen.

Beeinflussung von Wahlen durch Abstimmungen

EVP verlangt Entkoppelung von Wahlen und Abstimmungen

Lilian Banholzer
Redaktion EVP Info
Winterthur

Die Parlamentswahlen 2026 sind für die EVP Winterthur enttäuschend verlaufen. Sie hat den vierten Sitz und damit eine eigene Fraktion verloren. In der Analyse ergab sich, dass der Wähleranteil der EVP zwar leicht gesteigert werden konnte, was aber angesichts der hohen Stimmbeteiligung nicht genügte, um 4 Sitze zu halten.

Eine EVP-Motion verlangt darum, dass Parlamentswahlen nicht an Abstimmungssonntagen stattfinden. Stadtparlamentarierin Franziska Kramer-Schwob ist überzeugt, dass Wahlergebnisse fairer sind, wenn sie nicht von der Mobilisierung durch stark polarisierende Abstimmungsvorlagen beeinflusst werden, wie im März dieses Jahres.

«Wahlergebnisse sind fairer, wenn sie nicht von der Mobilisierung durch stark polarisierende Abstimmungsvorlagen beeinflusst werden.»

Der Bund legt jeweils frühzeitig sogenannte Blankotermine für eidgenössische Abstimmungen fest. In den vergangenen Jahren wurden in Winterthur die Erneuerungswahlen von Stadtparlament und Stadtrat regelmässig auf den ersten Blanko-Termin des Wahljahrs angesetzt. Dies führt potentiell zu Verzerrungen des Wahlergebnisses – je nachdem, welche Interessengruppen eine gleichzeitige Abstimmungsvorlage stark mobilisiert.

Erneuerungswahlen von Kantons- und Regierungsrat dürfen von Gesetzes wegen nicht gleichzeitig durchgeführt werden wie eidgenössische oder kantonale Abstimmungen. Die Ende Juni eingereichte EVP-Motion will, dass eine solche Regelung auch für die Stadt Winterthur vorzusehen ist.

Es ist davon auszugehen, dass die EVP von einer solchen Trennung profitieren könnte. Unterstützung erhielt die EVP in dieser Sache von der SVP, der FDP, der Mitte und den Grünliberalen.

Gefragt ist Suchtpolitik mit Weitblick

Crack-Krise in der Stadt Zürich

Sandra Gallizzi
Präsidentin EVP Stadt Zürich
Zürich

Die Situation in der Zürcher Bäckeranlage fordert uns als EVP heraus. Nach massiven Spannungen im Kreis 4 durch die Ausbreitung der Billigdroge Crack zeigt sich aktuell lediglich eine brüchige Ruhe.

Dank des eröffneten Konsum- und Triageraums für auswärtige Abhängige an der Bederstrasse und einer intensivierten Polizeipräsenz konnte die offene Drogenszene im Familienpark einigermassen unter Kontrolle gebracht werden. Doch die Krise offenbart fundamentale Mängel im Vollzug des Vier-Säulen-Modells. Crack-Abhängige sind unberechenbarer und aggressiver als frühere Generationen von Suchtkranken.

«Die EVP fordert eine ehrliche Suchtpolitik.»

Die Belastung für Anwohnende, Gewerbe, Kitas und Schulen bleibt hoch, zumal sich Konsum und Handel oft nur in angrenzende Innenhöfe verlagern. Zudem stockt die Rückweisung auswärtiger Süchtiger in ihre Heimatgemeinden. Reine Repression, wie sie von rechts gefordert wird, greift zu kurz und verschiebt das Problem nur. Einseitige Toleranz der links-grünen Stadtführung verkennt wiederum die Not der Quartierbevölkerung.

Die EVP fordert eine ehrliche Suchtpolitik. Es braucht den Schutz des öffentlichen Raums für Familien und Kinder, konsequente Triage sowie eine verbindliche interkantonale Zusammenarbeit. Suchtkranke brauchen rasche, dezentrale Hilfe – aber unsere Wohnquartiere dürfen nicht zu rechtsfreien Räumen werden.

Wert und Würde für alle

Ein offenes Ohr und eine Tasse genügen

Hanspeter Wilhelm
Präsident EVP
Bezirk Dielsdorf
Steinmaur

© dreamstime

Schöne Häuser und teure Autos: Wer kennt sie nicht, die Zeichen des schweizerischen Wohlstands? Doch hinter dieser Fassade verbergen sich nicht selten Einsamkeit, existenzielle Nöte und schwere Schicksale. In unserer Gesellschaft, in der Leistung und Erfolg grossgeschrieben werden, fehlt vielen ein Ort, an dem sie ohne Fassade willkommen sind und jemand ein offenes Ohr für ihre Sorgen hat. Genau hier setzen das «Kafi im Stall» in Steinmaur und das «Kafi 17» in Neerach an.

Zuhören als Kernaufgabe

«In unseren Kafis praktizieren wir niederschwellige Seelsorge ausserhalb der Kirche», erklärt Gründerin und Betriebsleiterin Manuela Siegle. Die freiwilligen Mitarbeitenden servieren nicht nur Kaffee und Kuchen. Ein Grossteil der Arbeit in den beiden Kafis besteht aus Zuhören, ohne Ratschläge zu erteilen oder Erwartungen zu formulieren. «Wir nehmen uns Zeit für alle, die Gesprächsbedarf haben. Das ist unsere Hauptaufgabe», so Siegle. Durch die geschenkte Zeit beginnen Gäste von dem zu erzählen, was sie belastet und bewegt, und finden oft schon dadurch Erleichterung.

«Ein erfolgreicher Morgen bemisst sich nicht am Umsatz, sondern an den Gesprächen.»

Dieses Konzept stösst auf Anklang. Zu den Mitarbeitenden gehören ehemalige Gäste und Menschen, die in der normalen Arbeitswelt keinen Platz finden. Abseits des Leistungsdrucks bringen sie ihre Gaben ein, finden Tagesstrukturen und tanken Selbstwertgefühl. Auch das Finanzkonzept bricht mit Marktregeln: Es gibt keine Fixpreise, sondern Richtpreise. So werden herkömmliche Betriebe nicht konkurrenziert, und doch kann jeder Mensch – unabhängig vom Portemonnaie – in Würde einen Kaffee trinken. Das Personal kontrolliert nicht, wer wie viel bezahlt. Ein erfolgreicher Morgen bemisst sich nicht am Umsatz, sondern an den Gesprächen. Getragen werden die Kafis von der reformierten Kirche, die das Defizit übernimmt.

Ein Appell an die Politik

Manuela Siegle anerkennt, dass die staatlichen Sozialwerke zwar gut organisiert sind, sie spürt aber durch ihre Arbeit, dass für das Einzelschicksal und echte Menschlichkeit oft schlicht keine Zeit bleibt. Aus ihrer Sicht sollte die Politik im Sozialwesen Rahmenbedingungen schaffen, die Platz für den einzelnen Menschen lassen, und dass Angebote wie diese Kafis unterstützt werden. Die Nachfrage nach solchen Oasen sei riesig – es bräuchte sie in jedem Dorf und jeder Stadt. Neben finanzieller Unterstützung werden vor allem Personen gesucht, die bereit sind, als Teamleitung Verantwortung zu übernehmen, Einsätze zu koordinieren und Mitarbeitende anzuleiten.

Weitere Infos: www.skafiimstall.ch und www.skafi17.ch

ANZEIGE

tearfund.ch heisst jetzt:

ena!

Wirkungsvolle Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Jetzt spenden

Ihre Spende in guten Händen.

Elegant die Partei repräsentieren

Sommerfest des Frauennetzwerks mit Tipps für stilsicheres Auftreten

Mirjam Fisch-Köhler
EVP-Mitglied, freie Journalistin
Seegräben

Lisette Müller-Jaag hatte im Namen des EVP Frauennetzwerks ZH zum Sommerfest nach Uster eingeladen, um die Erfolge bei den Gemeinderatswahlen zu feiern und die Frauen zu ermutigen, die trotz intensivem Wahlkampf keinen Sitz erringen konnten. Als Zeichen der Wertschätzung überreichte sie den engagierten Politikerinnen je eine Blume in den Parteifarben blau und gelb.

Der laue Juniabend startete mit Grilladen und Salaten im Garten von Susanne und Jürg Keller, wo rund 20 Frauen das Zusammensein und den Austausch genossen.

Höhepunkt war der praxisnahe Input der Stylistin Marianne Frei, die zeigte, wie Kleidung, Frisur und Auftreten den ersten Eindruck prägen – besonders bei Wahlfotos und öffentlichen Auftritten.

«Es gibt keine zweite Chance für den ersten Eindruck», stellte sie fest. Daher lohne es sich, seine Kleidung sorgfältig zu wählen und auf eine gepflegte Frisur zu achten. Kleider sollten unifarben oder kleingemustert sein, Make-up und Schmuck dezent. Sie empfiehlt, dreiteilige Outfits zu tragen: Bluse, Blazer und Hose oder Bluse, Foulard, Jupe. Oberteile sollten angeschnitten sein, der Ausschnitt nicht zu tief.

«Es gibt keine zweite Chance für den ersten Eindruck»

Sie zeigte Bilder von aktiven Behördenmitgliedern und wies auf zu enge oder zu lange Stücke hin. Wichtig sind auch die Schuhe, am besten dunkle, natürlich gereinigt und nicht abgelaufen. Nach der Theorie kam die Praxis. Frauen hatten ihre Outfits mitgebracht und stellten sich dem kritischen Blick der Expertin. Viele hatten ihre Tipps bereits umgesetzt und gingen so ermutigt nach Hause.

Für die Nächsten

Junge Menschen für eine Politik der Nächstenliebe gewinnen

Leona Eckert
Präsidentin JEVP Zürich
Igis GR

Seit 2004 mischt die Junge EVP Schweiz (JEVP) in der Politik mit – mit einem klaren Motto: «Für die Nächsten». Sie will christliche Werte überzeugend und ansteckend leben und junge Menschen für politisches Engagement gewinnen. Leitwert ist die Nächstenliebe: selbstlos, ehrlich und mit Verantwortung für Mensch und Umwelt.

NÄCHSTER ANLASS:

4.–6. September 2026

JEVP Weekend in Zumikon,
ordentliche MV am **5. September.**

Wer jung ist und mitreden will, ist eingeladen – mitmachen unter **jevp.ch.**

Diese Haltung zeigt sich in einem breiten Engagement. Die JEVP setzte und setzt sich für die kommenden Generationen ein – zuletzt in der Allianz der Jungparteien gegen die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz». Sie unterstützte auch das Referendum «Zivildienst retten». Aktuell engagiert sie sich für das Kriegsmaterial-Referendum und die Mobilitätsbon-Initiative. Jedes Jahr läuft sie beim Walk For Freedom mit, um auf moderne Sklaverei aufmerksam zu machen. Themen von Frieden bis Menschenwürde – immer mit Blick auf die Nächsten.

Die JEVP ist aber auch mehr als Politik. An der jährlichen ordentlichen Mitgliederversammlung – letztmals in Olten mit gemeinsamem Brunch – trifft sich eine Gemeinschaft junger Menschen, die etwas bewegen wollen. Dazu kommen aktive Social-Media-Kanäle.

Beim Brunch zeigt sich: Die JEVP ist mehr als Politik.

©dreamstime

WORT

Wort zum Alter

Ich arbeite in einem Alters- und Pflegeheim als Seelsorgerin. Viele Menschen kommen eher unfreiwillig zu uns: weil sie ihre Wohnung verloren haben aufgrund einer Leerkündigung, weil nach einem Spitalaufenthalt das Wohnen zuhause unmöglich geworden ist, oder sie kommen einfach zum Sterben. So ist bei ihnen oft eine grosse Verunsicherung spürbar. Wie entwurzelte Bäume kommen sie mir dann vor – auf der Suche nach neuem Halt.

Einen Ort zu haben, wo wir uns zuhause fühlen, ist essentiell für das Wohlbefinden von uns Menschen. Denn Unbehaustheit und Entfremdung von unserem eigentlichen Wesen erleben wir schon genug: durch unsere Herkunft, unsere Rollen, die wir im Laufe unseres Lebens spielen. Lernen wir also schon im aktiven Leben, uns tief zu verankern in einer grösseren Wirklichkeit und unsere Krone dieser entgegenzustrecken. Damit uns bei Stürmen nichts so schnell aus unserer Sicherheit reissen kann!

Esther Gisler Fischer
Reformierte Pfarrerin
Seelsorgerin Gesundheitszentrum für das Alter Entlisberg Zürich

EVP-WETTBEWERB

Als Preis winken zwei Übernachtungen im Hotel Ländli in Oberägeri für zwei Personen mit Halbpension, freiem Eintritt in die Wellness Oase und Zugang zum Seebad.

HOTEL LÄNDLI
Ferien & Seminare

FRAGE 1 Wie heisst der EVP-Kandidat für den Regierungsrat?

.....

FRAGE 2 Welche Institutionen sollen gezwungen werden, Exit, Dignitas usw. in ihren Räumen zuzulassen?

.....

FRAGE 3 Wo hat sich die Billigdroge Crack ausgebreitet?

.....

Name .....

Adresse .....

Telefonnummer .....

E-Mail .....

☐ Ich möchte die EVP unterstützen. Nehmen Sie bitte mit mir Kontakt auf.

Einsenden bis spätestens am 30. September 2026 an:
EVP INFO, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich
oder per Mail an wettbewerb@evpzh.ch

Gewinner Ausgabe 183
Peter Schwerzmann, Horgen

MITGLIED

Freiheit braucht Menschen, die sie verteidigen.

Am 27. September geht es unter dem harmlosen Titel Patienten- und Gesundheitsgesetz um Grundsätzliches: Wahlfreiheit und Selbstbestimmung. Die EVP kämpft dafür – wertebasiert und verbindend statt polarisierend. Tragen Sie das mit: Werden Sie EVP-Mitglied. Nichts einfacher als das – eine Mail an sekretariat@evpzh.ch genügt, die Formalitäten erledigen wir.

TERMINE

24. September 2026
Delegiertenversammlung EVP Kanton Zürich
18.15 Uhr, Winterthur

27. September 2026
Abstimmungen
12:45

12. November 2026
Treffpunkt Politik für Seniorinnen und Senioren
14.00 bis 16.00 Uhr, Zürich

29. November 2026
Abstimmungen
12:45

Alle Termine
evpzh.ch/aktuell/termine

Abonnement EVP INFO
Geschätzte Leserinnen und Leser des EVP INFO – Sie erhalten die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift der EVP Kanton Zürich mit aktuellen, politisch relevanten Themen und interessanten Berichten aus verschiedenen Behörden und Ortsgruppen. Falls Sie unsere Zeitschrift trotzdem nicht mehr wünschen, danken wir Ihnen für eine kurze **Mail an abmeldung@evpzh.ch.** Zur Qualitätssicherung sind wir dankbar für eine kurze Begründung.